



GBK-Kommunalrundbrief Nr.107

Juni 2015

Liebe Mitglieder,
Liebe Kommunalpolitikerinnen
und Kommunalpolitiker,

die Leitlinien sowie der Fahrplan zur Verwaltungsreform sind, da die Dialoge sollen in der zweiten Jahreshälfte starten. Wie es um die direkte Demokratie in Brandenburg bestellt ist, berichtet der Verein Mehr Demokratie mit seinem Beteiligungsbericht. Wie die Finanzkraft der Kommunen sich entwickelt zeigen die Tabellen des Ministeriums.

Gleichstellungspolitik gerät oft unter Druck. Derzeit findet auf EU-Ebene dazu eine Evaluation statt, an der mensch sich beteiligen kann. Ländliche Mobilität war das Thema der grünen Jugend (Ost), aber auch der Grünen im Ländle und der Landtagsfraktion Brandenburg. Mehr zu diesen Themen im zweiten Teil des Rundbriefs.

Wir beginnen mit einem Schwerpunkt zur Flüchtlingspolitik mit praktischen Beispielen, Anträgen und Informationen zum Weiterlesen. Dazu stellen wir den Bericht über Rechte Gewalttaten, der einen aktuellen Überblick und die Situation auf die Kreise und kreisfreien Städte gibt.

Zu guter Letzt alles Gute an Dr. Rainer Vogel, der als einziger bündnisgrüner hauptamtlicher Bürgermeister in den Ruhestand gegangen ist.

Einen schönen Sommer wünscht

Ansgar Gusy

Inhaltsverzeichnis

Flüchtlingspolitik	2
Rechte Gewalt	8
Kommunalreform	13
Finanzen	19
Mobilität	20
Gleichstellungspolitik	23
Bodenatlas, Agraratlas, Zensusinformationen	25
TTIP-Antrag	27
Kultur	27
Volksinitiative Massentierhaltung	28

Materialien

werden bei Bedarf den Mitgliedern über die GBK- Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt.

Quellen

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg, Böll, forum kommunal NRW, mehr Demokratie, Frauenpolitischer Rat Brandenburg, Flüchtlingsrat Brandenburg, mitteilungen StGBBbg, Agrarbündnis, Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg, AKP



Flüchtlingspolitik

Die Brandenburger Landtagsfraktion eröffnete am 18. Juni um 17 Uhr die Ausstellung von „Ärzte ohne Grenzen“ mit Ska Keller und Ursula Nonnemacher. Im Anschluss fand eine Fachkonferenz zum Thema „Willkommen in Europa – EU-Politik gefährdet Menschenleben“ statt. Im Anschluss fand eine Fachkonferenz zum Thema „Willkommen in Brandenburg“ statt.

Mein Nachbar aus der Ferne? Fragen zu Flüchtlingen

Am Freitag, den 16.1.2015 veranstaltete 99.3 Radio Frankfurt (Oder) einen Thementag zu "Asylpolitik in Frankfurt Stadt und Land".

Anhand von Fragen, die in den Köpfen der Bevölkerung sind, möchten wir die Leute aufklären, Hintergrundwissen vermitteln und so Vorurteile aus dem Weg räumen.

Unsicherheit und Zweifel sorgen für Ängste wie: „Warum haben die Flüchtlinge Handys und schicke Klamotten? So schlecht scheint es ihnen ja nicht zu gehen.“ oder „Flüchtlinge kosten unser Steuergeld“ bis hin zu „Für Flüchtlinge werden Unterkünfte saniert, aber für unsere Schulen ist kein Geld da?“.

Rede und Antwort standen verschiedene Paten aus der Region.

Unter anderem sind dies der Entertainer Bob Lehmann, Leitende der Universität

Viadrina Janine Nuyken, Lions-Präsident Dr. Thomas Schneider und Initiator von "Vielfalt statt Einfachheit" Thomas Klähn.

<https://soundcloud.com/radioffo/mein-nachbar-aus-der-ferne-993-radio-frankfurt-schafft-durchblick-1>

Außerdem gibt es einen aufbereiteten Flyer, der auf der GBK- Homepage abrufbar ist.

<http://gruenlink.de/yx1>

Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Asylbewerber in Stahnsdorf

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stahnsdorf

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die hier ansässigen Asylbewerber durch die Gemeinde - unter Umständen auch im ehrenamtlichen Bereich - beschäftigt werden können. Sie soll dazu unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben eigene Beschäftigungsmöglichkeiten in Absprache mit dem Landkreis bis zum 30. Mai 2015 prüfen und das Ergebnis anschließend der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorlegen.

http://ratsinfo-online.net/stahnsdorf-bi/_tmp/tmp/45081036874452625/874452625/00037990/90.pdf

Dezentrale Unterbringung in Frankfurt (Oder)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/ BI Stadtentwicklung/Pirat in der Stadtverordnetenversammlung hat vor einigen Wochen einen Antrag (zusammen mit Linken, Piraten und einer BI) durchgebracht, der die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen zum Ziel hat.

Den Antrag dazu findet ihr hier: <http://gruenlink.de/yx2>

Wir werden zwar weiterhin erstmal noch eine Gemeinschaftsunterkunft haben, aber zumindest vorerst keine neue einrichten, was sonst aufgrund erschöpfter Kapazitäten nötig geworden wäre. Damit hat ein sehr spannender Prozess eingesetzt. Die Verwaltung ist relativ aktiv. Es wurde kürzlich eine Kooperationsvereinbarung mit dem städtischen Wohnungsunternehmen (Wowi) geschlossen. Dieses hat bereits ein Angebot mit geeigneten Wohnungen vorgelegt.

Positiv daran ist:

- die Flüchtlinge würden dann ein Zimmer pro Person in kleinen WGs haben
- es soll nicht mehr also 2 solcher WGs pro Hausaufgang geben, um wirklich für Integration zu sorgen
- und das Faszinierende: es ist laut Verwaltungsprognose sogar ***günstiger*** als die Gemeinschaftsunterkunft, wenn man die Kosten pro Person ausrechnet. Dabei sind sogar die Kosten für die

zusätzlichen SozialarbeiterInnen schon miteingeplant.

Hier ein Artikel der MOZ dazu:

<http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1383049>

Es gibt natürlich noch eine Reihe offener Fragen und Dinge, die zu beachten sind, bspw. ist das Segment von Wohnungen natürlich aus dem KdU-relevanten Bereich. Wenn hier sehr viele Wohnungen belegt werden sollten, muss man schauen, ob es Auswirkungen auf die Kosten der Unterkunft für die Stadt hat.

Sicherheit: es soll ein dezentrales Sicherheitskonzept erarbeitet werden, aber natürlich wird es nicht wie bei zentraler Unterkunft Wachschatz geben...

Die Betreuung durch SozialarbeiterInnen muss dezentral auch anders gestaltet werden... usw. usf.

Klar ist natürlich auch, dass so etwas nicht per se in jeder Stadt günstiger wäre als zentrale Unterkünfte. In Städten mit Leerstand ist das aber realistisch und hat uns als Haushaltssicherungskommune glücklicherweise unsägliche Debatten erspart, wieviel uns eine menschenwürdige Unterkunft wohl wert sein könnte. Noch dazu kommt es auch dem kommunalen Wohnungsunternehmen

entgegen, was bei uns ja mit den Folgen des hohen Leerstands zu kämpfen hat.

Falls jemand die Berechnung der Verwaltung interessiert:

<https://www.sitzungsdienst-frankfurt-oder.de/tbi/vo020.asp?VOLFDNR=2587&options=4> (wenn der Direktlink nicht gehen sollte, dann im Kalender zur Sitzung vom 20.4.2015 gehen, und beim TOP Ö 7.2 auf die Vorlage klicken).

Wir wünschen euch ein gutes Treffen. Da wir nicht da sein können, stehen wir zum Thema dezentrale Unterbringung auch gern nach oder vor dem Treffen zum Austausch zur Verfügung.

Sahra Damus
Kreissprecherin und Stadtverordnete in
FFO

Regionalkonferenz zur Situation von Flüchtlingen

Viele Interessenten kamen zur 5. Regionalkonferenz -Thema war die Situation von Flüchtlingen im Landkreis

Rückschau

"Flüchtlinge und Asylsuchende willkommen heißen" - Unter diesem Motto stand die Regionalkonferenz der Bündnisgrünen am Samstag, den 18. April 2015 in der Alten Feuerwache Eichwalde. 73 aktive und interessierte Menschen waren

zusammengekommen, um sich zu informieren und darüber zu diskutieren, welchen Beitrag Politik, Verwaltung, vor allem aber jeder Einzelne von uns zu einer echten Willkommenskultur leisten kann.

Als Auftakt spannte unsere brandenburgische Bundestagsabgeordnete Annalena Baerbock einen großen Bogen von der weltweiten Flüchtlingssituation bis zu den Schwächen der europäischen Asylpolitik: "Gegenwärtig haben wir die größte Flüchtlingswelle seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Im Verhältnis zur Zahl der Einwohner nehmen der Libanon und die Türkei derzeit weltweit am meisten Flüchtlinge auf. Innerhalb der EU landet Deutschland, gemessen an der Einwohnerzahl und der Wirtschaftskraft, auf Platz sieben." Nur wer mit dem Flugzeug einreist, kann in Deutschland Asyl beantragen. Wer auf dem See- oder Landweg kommt, muss in dem jeweiligen europäischen Einreiseland und damit an den Außengrenzen Europas Asyl beantragen, dadurch entsteht eine Schieflage. Wem Verfolgung und Gewalt oder Diskriminierung drohen, hat ein Recht auf Asyl. Sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ werden aber nicht anerkannt, selbst wenn ihr Leben durch die Armut bedroht ist. Weitere Katastrophen im Mittelmeer können daher nur vermieden werden, wenn zusätzlich auch eine Möglichkeit zur legalen Zuwanderung geschaffen wird.

Aus der Perspektive der Verwaltung unseres Landkreises berichtete Marcel Drillisch (Koordinator für Asylangelegenheiten). Er gab einen Überblick auf die zu erwartenden Flüchtlingszahlen für den Landkreis, dabei war sein zentrales Thema die schwierige Akquise von dringend benötigten weiteren Objekten zur Flüchtlingsunterbringung. Der Landkreis sei auf die aktive Mitarbeit von Kommunen und Privatleuten angewiesen.

Viel Erfahrung mit der Situation vor Ort hat Rainer Spangenberg als Regionalreferent für Bildung und Integration für die Landkreise LDS und TF gesammelt. Seine Erfahrungen bestätigen, dass die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen grundsätzlich wünschenswert und Sammelunterkünften vorzuziehen ist. Im Augenblick sei es aber nicht sinnvoll, auf Maximalforderungen zu bestehen. „Wir haben keine Antwort, wo die Menschen sonst unterkommen sollen.“

Die drei ReferentInnen beteiligten sich anschließend an einer ausführlichen Frage- und Diskussionsrunde. Auf dem Podium waren außerdem David Driese vom Mobilen Beratungsteam des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung sowie Vertreterinnen der Initiativen Pro Asyl Pätz und des Bündnisses Forum Mensch Luckau vertreten. Besonders gefreut hat uns die Teilnahme eines Asylbewerbers, der

derzeit im Übergangwohnheim in Pätz lebt.

Für ihn spielt es eine entscheidende Rolle, wie ihm die Leute begegnen. Er selbst musste vor akuten persönlichen Bedrohungen fliehen und fühlte sich dann in Deutschland von manchen so behandelt, als wäre er selbst die Bedrohung. Das findet er schwer erträglich.

Entscheidend für eine Teilhabe an der Gesellschaft sei ein ausreichender und guter Deutschunterricht von Anfang an. Denn wie für jeden anderen Menschen auch, ist es für Flüchtlinge entscheidend, sich einbringen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Auch durch den Beitrag von Herrn Spangenberg wurde klar, wie wichtig die Qualität der alltäglichen Begegnungen ist. Jeder Einzelne hat es in der Hand das Gefühl zu vermitteln, dass die Menschen, die zu uns kommen, willkommen sind.

Es wurde deutlich, dass jede Möglichkeit genutzt werden sollte, um Teilhabe zu ermöglichen. Erprobte Beispiele sind lebendige Kontakte zu den Anwohnern, *gegenseitige* Hilfeleistung, Einbindung in Vereine und die Beteiligung an Projekten, wie z.B. einer Spielplatzsanierung. Nach der Erfahrung von Herrn Spangenberg hat sich eine Koordination der Hilfsangebote durch die Sozialarbeiter der Unterkünfte bewährt.

Bei den AnwohnerInnen sind viele Gefühle im Spiel. Es gibt Ängste vor Krankheiten, Kriminalität oder einfach davor, dass das eigene Leben durch die Menschen, zu denen man keinen Bezug hat, aus den Fugen geraten könnte. Die Erfahrung zeigt, dass man diese Ängste ernst nehmen und ihnen durch Aufklärung begegnen muss. Jenseits dieser Ängste gibt es aber auch gelegentlich handfeste Ressentiments. In Pätz habe die erste Aufgabe der Pro-Asyl-Initiative darin bestanden, den Druck von rechts in Zaum zu halten. Die Initiative habe aber mit ihren Gesprächs- und Informationsangeboten Gutwillige einzubinden vermocht und so die Stimmung im Ort wenden können, erläuterte eine Sprecherin der Initiative Pro Asyl Pätz.

Am Ende der Regionalkonferenz wurde deutlich: Es liegt an jedem Einzelnen, sich für eine Willkommenskultur stark zu machen. Diese zu leben, bleibt eine fortwährend Aufgabe.

Die vielfältigen Informationen und Erfahrungen der ReferentInnen und unserer GesprächspartnerInnen nehmen wir und sicherlich auch viele TeilnehmerInnen der Regionalkonferenz mit auf den Weg, um eine Willkommenskultur zu fördern und aktiv zu gestalten.

Informationen aus Brandenburg

Migrations-Seiten der Landtagsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen-

<http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/themen/migration/>

Flüchtlingsrat Brandenburg

<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/>

Tolerantes Brandenburg

http://www.tolerantes.brandenburg.de/six/cms/list.php?page=start_tbb

Fachberatungsdienst Zuwanderung

Integration und Toleranz Brandenburg

<http://fazit-brb.de/>

Migrations- und Integrationsrat Land

Brandenburg <http://www.migranten-in-brandenburg.de/index.php/de/>

Mobiles Beratungsteam Brandenburg -

<http://www.gemeinwesenberatung-demos.de/>

RAA Brandenburg – Regionale

Arbeitsstellen für Bildung, Integration und

Demokratie, Brandenburg -

<http://www.raa-brandenburg.de>

Sozialministerium Brandenburg (MASGF)

<http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.186635.de>

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Vielfaltskampagne - <http://www.boell-brandenburg.de/de/lauterguteleute>

Broschüren und Informationsportale

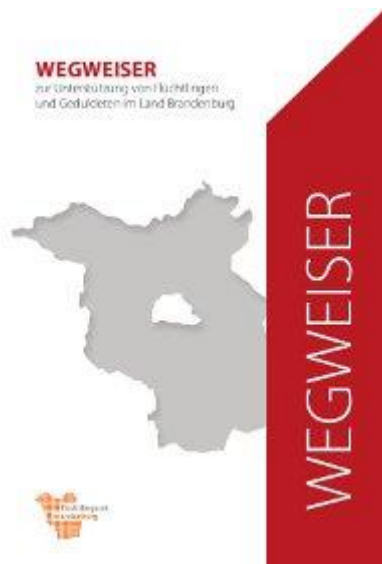
Basiswissen zur Unterstützung von Flüchtlingen

Wegweiser zur Unterstützung von Flüchtlingen und Geduldeten im Land Brandenburg

Der Flüchtlingsrat Brandenburg hat einen neuen "Wegweiser" herausgebracht. Mit Stand September 2014 werden hier die wichtigsten rechtlichen Basisinformationen zur Flüchtlingsunterstützung für Nicht-Juristen verständlich erläutert.

Der Wegweiser kann beim Flüchtlingsrat Brandenburg als gedruckte Broschüre (50 Seiten, A5) bestellt oder hier heruntergeladen werden.

Achtung: Stand September 2014!



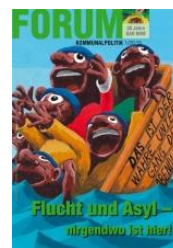
Integration ist (auch) Ländersache! : Schritte zur politischen Inklusion von

Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern;

eine Studie des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin / Frank Gesemann ; Roland Roth. - 2., überarb. Aufl. [Electronic ed.] - Berlin : Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, 2015. - 153 S. = 1,4 MB PDF-File - ISBN 978-3-95861-089-7

Electronic ed.: Berlin : FES, 2015

[Hier finden Sie das Dokument als PDF-File](#)



Flucht und Asyl- nirgendwo ist hier

Die GAR NRW, unsere Schwester in Nordrheinwestfalen bietet im Schwerpunkt von Forum kommunal einen Überblick und sucht nach Konzepten.

http://www.gar-nrw.de/files/GAR-2015-03_Ausg%201_webdownload-kurz+11_0.pdf

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
Heimatkunde
MIGRATIONSPOLITISCHES PORTAL

Herzlich Willkommen auf **Heimatkunde** – dem migrationspolitischen Portal der Heinrich-Böll-Stiftung.

Wir präsentieren Informationen, Analysen und Meinungen zu den Themenfeldern Migrationspolitik, Teilhabegesellschaft, Diversity Management, Kunst und Kultur.

Viel Spaß beim Erkunden!

[Flüchtlinge willkommen heißen - Vorurteilen entgegenzutreten](#)

Fakten zum Thema Asyl,
Bundestagsfraktion Die Linke

[Herunterladen](#)

Aktuelle Informationen der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

https://www.gruene-bundestag.de/themen/integration_ID_127797.html



Statistik rechter Gewalttaten in Brandenburg

5. Mai 2015

In der Kategorie [Statistik Brandenburg](#)

Seit 2002 wertet die Opferperspektive registrierte rechte Gewalttaten statistisch aus. Für das Jahr 2014 hat der Verein Opferperspektive bislang 92 rechte Gewalttaten (2013: 85) registriert. Sie richteten sich nach Kenntnis der Beratungsstelle gegen mindestens 192 Betroffene (119 direkte Betroffene und 73 indirekt Betroffene). Der Anteil der rassistisch motivierten Taten liegt deutlich höher als im Jahr davor und macht 63 Prozent aller registrierten Taten aus (2013: 48 Prozent).

Es wurden 76 Körperverletzungen – davon 41 gefährliche – registriert sowie 3 versuchte Körperverletzungen, 9 Bedrohungen, 2 Brandstiftungen, 1 Sachbeschädigung und eine sexuelle Nötigung. Von einem hohen Dunkelfeld ist auszugehen.

19 Gewalttaten wurden aus Hass gegen politische Gegner_innen verübt, 11 richteten sich gegen nicht Rechte, 2 gegen sozial Ausgegrenzte / Menschen mit Behinderungen, jeweils ein homophober und ein antisemitischer Angriff wurden erfasst. In 58 der 92 Fälle wurden Geflüchtete und MigrantInnen angegriffen,

damit stieg der Anteil der rassistisch motivierten Gewalttaten deutlich um 15 Prozent.

Nicht erfasst wurden Kundgebungen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen vor Flüchtlingsheimen und Privatwohnungen, in denen Flüchtlinge leben. Sie sind von den Veranstaltern als Einschüchterung gemeint und werden von den Betroffenen als Bedrohung empfunden, können aber statistisch nicht als Gewaltdelikt gewertet werden.

Stand: 05. Mai 2015

Die Fallzahlen des Landeskriminalamts (LKA) und der Opferperspektive sind nicht direkt vergleichbar. Die Opferperspektive

erfasst zusätzlich zu den vom Landeskriminalamt nach der Definition Politisch motivierte Kriminalität-rechts gezählten Delikten auch Bedrohungen, Nötigungen und Sachbeschädigungen. Bis 2005 waren, wenn man nur die nach dem Erfassungssystem PMK-rechts erhobenen Delikte betrachtet, dennoch erhebliche Abweichungen vorhanden. Seit 2006 enthält die Statistik der Opferperspektive auch Fälle, die nur dem LKA bekannt wurden. Diese werden regelmäßig den Antworten der Landesregierung Brandenburg auf Kleine Anfragen der Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE entnommen.

Zahl rechter Gewalttaten und Geschädigter

Statistik	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Gewalttaten (OPP)	130	117	137	140	140	159	104	101
Gewalttaten (LKA)	78	87	105	97	90	93	71	69
Direkt Geschädigte (OPP)	171	152	179	196	206	262	174	138

Statistik	2010	2011	2012	2013	2014
Gewalttaten (OPP)	108	87	95	85	92
Gewalttaten (LKA)	66	39	58	48	73
Direkt Geschädigte (OPP)	149	158	146	113	119

Zahl rechter Straftaten nach Tatmotiven

Motiv	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Rassismus	50	67	30	49	49	35	46	39	58
Antisemitismus	8	2	2	3	2	2	0	1	1
Homophobie	0	0	2	0	0	1	1	1	1
gegen Menschen mit Behinderung	1	1	1	0	0	0	0	2	0
gegen sozial Benachteiligte	0	1	1	1	0	1	2	2	2
gegen politische Gegner	30	39	34	26	25	25	31	30	19
gegen nicht Rechte	42	38	32	18	27	23	15	10	11
Sonstiges	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Unklar	8	11	2	4	5	0	0	0	0

Stand: 05. Mai 2015

Die meisten Angriffe wurden in Cottbus registriert, gefolgt vom Landkreis Spree-Neiße, in dem nach wie vor Spremberg mit einer agilen gewalttätigen Neonaziszene einen Schwerpunkt bildet.

Der Anstieg rassistischer Gewalt ist nach Einschätzung der Opferperspektive auf die andauernde und massive Mobilisierung gegen Flüchtlinge zurückzuführen. Sie wendet sich letztendlich gegen alle als Migrant_innen wahrgenommenen Menschen. Rassistisch eingestellte Durchschnittsbürger_innen fühlen sich ermuntert und werden zu Gelegenheitstäter_innen, so wie in Potsdam am 6. September, als ein

nigerianischer Staatsbürger seine neue Wohnung am Schlaatz beziehen will. Zwei Nachbarn stellen sich ihm in den Weg, um ihn nicht ins Haus zu lassen. Sie beschimpfen ihn rassistisch und erklären, er würde hier nicht wohnen. Als er darauf besteht, eine Wohnung gemietet zu haben, sogar seine Schlüssel zeigt, schlägt einer der beiden ihm ins Gesicht und besprüht ihn mit Pfefferspray. In Elsterwerda beleidigt am 13. Mai ein Rechter einen Deutschen libanesischer Herkunft rassistisch, als er diesen bei der Arbeit auf einem Gartengrundstück beobachtet. Er tritt den sichtlich Erkrankten zweimal in den Unterleib und droht ihm mit dem Tod, falls er die Stadt nicht verlasse. Der Betroffene muss in

Folge des Angriffs stationär behandelt werden.

Neben der tatsächlichen Zunahme rassistischer Gewalt wirken sich vermutlich folgende Entwicklungen auf die statistische Erfassung aus: eine langsam zunehmende Sensibilisierung der Polizei für rassistische Taten und damit eine Verbesserung der Dokumentation von Hinweisen auf rassistische Motive und die große Unterstützung von Asylsuchenden durch zahlreiche Initiativen. Die soziale Einbindung fördert die Bereitschaft, nach

rassistischen Angriffen Anzeige zu erstatten und professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Zur Verhinderung langfristiger psychischer Angriffsfolgen mangelt es in Brandenburg allerdings nach wie vor an qualifizierten Übersetzungsmöglichkeiten bei Psychotherapien und einer unbürokratischen Regelung für Asylsuchende, nach rassistischen Bedrohungen bzw. Angriffen den Wohnort wechseln zu können (sogenannte Umverteilung).

Zahl rechter Gewalttaten nach Landkreisen und kreisfreien Städten

Landkreis/Kreisfreie Stadt	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Barnim	10	6	3	6	7	5	2	3	2	4	6	6	8
Brandenburg an der Havel	1	1	2	2	1	1	3	0	2	2	3	4	2
Cottbus	13	9	9	9	7	13	5	13	19	10	7	5	10
Dahme-Spreewald	12	3	7	9	13	6	4	4	3	3	4	0	4
Elbe-Elster	1	2	1	5	1	10	1	2	3	1	0	1	4
Frankfurt (Oder)	5	7	6	2	13	9	5	5	0	11	6	2	3
Havelland	14	18	24	17	11	13	6	10	2	2	3	0	4
Märkisch-Oderland	4	7	15	6	3	9	8	8	7	7	2	4	3
Oberhavel	6	6	5	7	10	12	8	1	8	4	3	1	7

Oberspreewald- Lausitz	7	1	4	4	2	3	2	4	2	3	6	2	5
Oder-Spree	3	1	12	15	7	9	6	3	3	5	5	2	6
Ostprignitz-Ruppin	9	6	7	9	7	8	6	7	15	13	9	4	3
Potsdam	12	15	15	27	22	14	17	12	7	7	10	12	8
Potsdam-Mittelmark	2	6	7	8	9	8	2	4	3	3	2	2	3
Prignitz	4	5	1	3	2	3	4	3	4	1	2	3	3
Spree-Neiße	15	5	1	0	7	13	10	8	16	4	10	20	9
Teltow-Fläming	3	4	10	5	10	9	4	6	7	2	8	4	4
Uckermark	8	15	8	6	8	14	9	6	5	5	10	6	6

Stand: 05. Mai 2015

Diese Daten geben die regionale Verteilung rechter Gewalttaten in Brandenburg nach Verwaltungsgebieten wieder. Die Landkreise und Städte können nicht direkt verglichen werden. Enthalten sind nur Daten, die der Opferperspektive bekannt wurden, und die Quellenlage ist unterschiedlich gut. In der Größe, Einwohnerzahl und Sozialstruktur gibt es zudem erhebliche Unterschiede.



Verwaltungsstrukturreform

Leitlinien zur Verwaltungsstrukturreform des MIK- Bündnisgrüne: Brandenburgs Handlungsfähigkeit sichern

Auszug aus der Pressemitteilung des Ministeriums für Inneres und Kommunales

Verwaltungsreform: Kabinett beschließt Leitbildentwurf. Schröter: „Leitbild ist Angebot zur Diskussion“

Die Landesregierung hat heute mit der Verabschiedung des Leitbildentwurfs für die geplante Verwaltungsstrukturreform die Debatte im Land formal eröffnet. Innenminister **Karl-Heinz Schröter** betonte, das Papier bleibe auch nach dem heutigen Beschluss **„ganz bewusst ein Entwurf und damit ein Angebot zur Diskussion“**. Es stehe am Beginn eines breiten Dialogprozesses über die Zukunft der Verwaltungsstrukturen in Brandenburg und bilde nicht dessen Abschluss. **„Niemand muss in diesem Prozess Angst haben, politisch überfahren zu werden oder nicht zu Wort kommen zu können. Wir werden uns die notwendige Zeit für die Debatte über dieses**

wichtige und weitreichende Reformvorhaben nehmen“, so der Minister.

Schröter informierte das Kabinett auch über geplante Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit zur Begleitung des Reformprojekts. **„Die Landesregierung ist gegenüber den Landkreisen und Gemeinden in der Begründungspflicht“**, stellte der Minister klar. Im zweiten Halbjahr 2015 sollen dazu landesweit Leitbildkonferenzen veranstaltet werden. Die Auftaktveranstaltung findet am 31. August in Brandenburg an der Havel, der „Wiege der Mark“, statt. In Kürze werden zusätzlich zum bestehenden Reformportal auch Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung im Internet eingerichtet werden. Der Dialog soll insbesondere dazu dienen, dem Landtag Mitte 2016 eine qualifizierte Entscheidung unter Einbeziehung aller relevanten Aspekte über das Leitbild zu ermöglichen. Auf werbliche Mittel will die Landesregierung dabei verzichten. **„Die Landesregierung will nicht verkaufen, sondern überzeugen“**, sagte der Minister.

Schröter wies darauf hin, dass Brandenburg derzeit zu den **„Nachzüglern“** hinsichtlich einer zukunftsfähigen Organisation seiner eigenen Verwaltungsstrukturen gehöre. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen seien

Kreisgebietsreformen bereits in den letzten Jahren durchgeführt worden; Thüringen plane eine derartige Reform in der laufenden Wahlperiode. **„Der Reformbedarf kann aus meiner Sicht nicht ernsthaft in Abrede gestellt werden“, sagte der Minister. Dazu hätte sich das Land in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu stark verändert. „Diesen Veränderungen muss eine sinnvolle Anpassung der Verwaltungsstrukturen folgen. Das ist schlicht ein Gebot der Vernunft. Denn die Verwaltung ist nicht für sich selbst da, sondern für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes“, betonte Schröter. Schon heute sei der Personalaufwand für die Erbringung der notwendigen Dienstleistungen in einwohnerschwachen Landkreisen um ein Drittel höher als in einwohnerstarken Kreisen. Schröter: „Das ist ein Umstand, der mit der Zeit nicht besser werden wird, wenn nicht die notwendigen Entscheidungen getroffen werden.“**

Der Minister zeigte sich zuversichtlich, dass die Debatte über die Reform in Brandenburg **„offen, Streitbar und konstruktiv“** geführt werden könne. Die ersten Beratungen mit Landräten,

Bürgermeistern und Amtsdirektoren hätten dies bereits ebenso gezeigt wie der erste Meinungsaustausch mit den Gewerkschaften. **„Wir werden sachliche Diskussionen erleben. Das ist dem Thema auch angemessen. Es stimmt, dass Kreisgebietsreformen zu den besonders schwierigen Vorhaben in einem Land gehören. Das ist immer und überall so. Aber an der Frage der Kreisfreiheit einer Stadt oder dem Zuschnitt eines Landkreises hängt nun auch nicht die Zukunft des Abendlandes. Von vielen Veränderungen, die nun diskutiert werden, werden die Bürger kaum direkt betroffen sein. Die Kirche bleibt auch in Zukunft im Dorf“**, unterstrich Schröter.

Der heute vom Kabinett beschlossene Leitbildentwurf wird die Grundlage für die nun folgende Reformdebatte bilden. Der Entwurf wird nun dem Landtag zugeleitet. Er ist im Internet unter www.verwaltungsreform.brandenburg.de abrufbar und wird in Kürze auch in gedruckter Form mit zusätzlichen Informationen erhältlich sein.

Download als PDF-Datei:

[Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019 \(Stand:](#)

[16.06.2015\)](#)

Bündnisgrüne Position

Ein Leitantrag des Landesvorstands zur Kommunalreform wurde von der Partei auf ihrem Landesparteirat in Falkensee mit großer Mehrheit angenommen. Dazu Clemens Rostock, Landesvorsitzender: „Für uns stehen die funktionalen, demokratischen und finanziellen Auswirkungen im Mittelpunkt. Ziel muss es sein, dass die Kommunen die Aufgaben für ihre Bürgerinnen und Bürger erfüllen und gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land sichern können.“

Aus Sicht der Grünen kann die Reform nur erfolgreich sein, wenn sie von den BürgerInnen akzeptiert wird. Daher wollen die Bündnisgrünen, dass die neuen Landkreise nicht größer als 4.500 km² sein sollen. Für Gemeinden solle eine Fläche von 400 km² nicht überschritten werden. Diskutiert wurde auch über die Kreisfreiheit von Frankfurt (Oder), Cottbus und Brandenburg/Havel. Hier einigten sich die Delegierten, die Kreisfreiheit aller drei Städte im Zuge der Reform kritisch zu hinterfragen.

[Der Beschluß des Landesparteirats](#)

Dialoge zur Verwaltungsreform Planung MIK

18 Leitbildkonferenzen

: beginnend am 31. August 2015 in der „Wiege der Mark“ in Brandenburg an der Havel; letzte Konferenz Mitte Oktober 2015

Fachkonferenzen: November 2015 – März 2016 nach Bedarf

Erster Reformkongress : Dezember 2015

5 Bürgerkongresse: Februar - März 2016 zu den ersten Ergebnissen des Dialogs

-

Zweiter Reformkongress : April/Mai 2016

Gutachten zu Rechtsfragen im Zusammenhang mit einer Änderung von Verwaltungsstrukturen der kreisangehörigen Kommunen

Das Ministerium des Innern hatte im Mai 2012 ein Gutachten zu Rechtsfragen im Zusammenhang mit einer Änderung von Verwaltungsstrukturen der kreisangehörigen Kommunen im Land Brandenburg beauftragt. Gutachter war Prof. Dr. jur. Hans-Heinrich Trute von der Universität Hamburg.

Das Gutachten ist der vom Landtag Brandenburg eingesetzten Enquete-Kommission 5/2 „Kommunal- und

Landesverwaltung - bürgernah, effektiv und zukunftsfest - Brandenburg 2020" übergeben worden und war dort Gegenstand der Erörterung in den öffentlichen Sitzungen.

Des Weiteren hat das Ministerium des Innern am 4.11.2014 drei Gutachten veröffentlicht, die sich aus wissenschaftlicher Sicht insbesondere mit der Frage der Chancen und Risiken der Einkreisung bislang kreisfreier Städte im Land Brandenburg befassen. Das Ministerium folgt damit einer Empfehlung der Enquete-Kommission „Brandenburg 2020“ des Landtages Brandenburg, die sich für eine vertiefte unabhängige Prüfung dieser Fragestellung ausgesprochen hatte.

Das Innenministerium veröffentlicht nachstehend die Gutachten.

Reformbedarf und Entwicklungsoptionen der Verwaltungsstrukturen der Gemeinden in Brandenburg

[Reformbedarf und Entwicklungsoptionen der Verwaltungsstrukturen der Gemeinden in Brandenburg](#)

Bogumil/Kintzinger/Mehde: Einkreisung kreisfreier Städte im Land Brandenburg. Gutachten im Auftrag des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg, Bochum/Hannover 2014.

[Einkreisung kreisfreier Städte im Land Brandenburg](#)

Färber/Hengstwerth/Zeit:

Finanzwissenschaftliche Aspekte der Einkreisung kreisfreier Städte im Land Brandenburg. Gutachten im Auftrag des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg, Speyer 2014.

[Finanzwissenschaftliche Aspekte der Einkreisung kreisfreier Städte im Land Brandenburg](#)

Schmidt: Das Mitverwaltungsmodell. Gutachten im Auftrag des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg, Potsdam 2014.

[Das Mitverwaltungsmodell](#)

Bündnisgrüne Bürgermeister in Woltersdorf zurückgetreten

Dr. Rainer Vogel, Bündnisgrüner Bürgermeister in Woltersdorf ist mit dem Erreichen der Altersgrenze von 67 Jahren und aufgrund einer längeren Krankheit zurückgetreten. Wir wünschen Ihm alles Gute. Neuwahlen werden im Herbst stattfinden, wie auch in Oberkrämer und in Falkensee.



Direkte Demokratie

Bürgerbegehren in Brandenburg - lästiges Übel oder notwendiges Korrektiv?

Bürgerbegehren sind in Brandenburg aufgrund der hohen Hürden und zahlreicher Stolpersteine eher die Ausnahme. Immer wieder versuchen Bürgermeister, Verfahren auszuhebeln und bürgerschaftliche Mitbestimmung zu verhindern. Jüngstes Beispiel ist das Bürgerbegehren gegen den Bau einer Stadthalle in Finsterwalde.

Von [Oliver Wiedmann](#)

**Bürgerbegehrensbericht
Brandenburg
1993-2014**

Für die einen ist es ein lästiges Übel, für die anderen eine Notwendigkeit, um gegen Entscheidungen der Gemeinderäte vorgehen zu können. Die einen, das sind in der Regel Bürgermeister und Mehrheiten in den Gemeindevertretungen, die anderen, das sind die kommunalpolitisch aktiven Bürgerinitiativen. Das Instrument ist das Bürgerbegehren, mit dem ein verbindlicher Bürgerentscheid oftmals gegen Entscheidungen des Gemeinderats

eingeleitet werden kann. Theoretisch dürfen die Bürgerinnen und Bürger über das abstimmen, was auch die gewählten Vertretungen entscheiden, wären da nicht zahlreiche Stolpersteine und ein umfangreicher Themenausschluss - so zum Beispiel in der Kommunalverfassung Brandenburgs.

So dürfen die Brandenburgerinnen und Brandenburger grundsätzlich nicht über Bebauungs- und Flächennutzungspläne abstimmen. Gut für die Bürgermeister, schlecht für die Menschen vor Ort. Damit wird ihnen ein zentrales kommunales Konfliktfeld vorenthalten. Und oft kommt es auch auf die kleinen Details an, die sich negativ auf die bürgerschaftliche Einmischung auswirken. Dem Erfindungsreichtum von Kommunalverwaltungen und Gemeindevertretungen sind dabei kaum Grenzen gesetzt, wenn es darum geht, unliebsame Bürgerbegehren zu Fall zu bringen.

Zuletzt in Finsterwalde: Es geht um ein Bürgerbegehren gegen den Bau einer Stadthalle mit einem Investitionsumfang von 10,7 Mio. Euro. Das Bürgerbegehren wurde nach Einreichung der Unterschriften am Mittwoch (25. März) aufgrund einer angeblich fehlerhaften Begründung für unzulässig erklärt. Die Argumentation der Stadtverwaltung ist dabei abenteuerlich: Die Initiatoren hätten es in ihrer Begründung versäumt, darauf

hinzuweisen, dass nicht die volle Investitionssumme von der Stadt zu tragen ist, da möglicherweise noch Fördermittel fließen würden. Hier wurde das Haar in der Suppe gesucht und gefunden, um einen Bürgerentscheid zu verhindern. Es bleibt abzuwarten, ob das Verwaltungsgericht der Argumentation des Bürgermeisters folgt. Die Initiatoren wollen Widerspruch beim Verwaltungsgericht einlegen.

Letztes Jahr in Hornow-Wadelsdorf: Auch hier wurde ein Bürgerbegehren vorerst kassiert. Das Bürgerbegehren richtete sich gegen die Eingliederung der Gemeinde in die Stadt Spremberg. Die Gemeindevertretung beanstandete die Fragestellung: „Sind Sie dafür, dass die Gemeinde Hornow-Wadelsdorf eigenständig bleibt?“ Da die Gemeinde bereits einem Amt zugeordnet ist, genieße sie, so die Bürgermeisterin, keine vollständige Souveränität mehr. Dementsprechend wäre die Fragestellung irreführend. Per Eilverfahren konnten die Initiatoren des Bürgerbegehrens dann eine Aufhebung der Unzulässigkeit vor dem Verwaltungsgericht durchsetzen. Im darauf folgenden Bürgerentscheid stimmte eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für die Beibehaltung der Eigenständigkeit. Diese Liste ließe sich unendlich fortsetzen. Oft sind es auch konkrete gesetzliche Vorgaben, die den Bürgerinitiativen das Leben schwer machen. Richten sich

Bürgerbegehren gegen zum Beispiel gegen Gemeinderatsbeschlüsse, so müssen diese samt Unterschriften innerhalb von acht Wochen nach Beschluss der Gemeindevertretung eingereicht werden. Danach endet die Einspruchsfrist der Bürgerinnen und Bürger, während Gemeindevertreter jederzeit Beschlüsse wieder ändern oder aufheben können. Weiter wird den Initiatoren bei der Erstellung der Unterschriftenliste abverlangt, die finanziellen Auswirkungen ihrer begehrten Maßnahme zu beziffern und einen durchführbaren Vorschlag zur Deckung dieser Kosten zu erarbeiten. Viele sind damit maßlos überfordert, da ihnen schlichtweg die haushalterischen Kenntnisse fehlen. Es ist der Hauptgrund für die Unzulässigkeit von Bürgerbegehren in Brandenburg.

Die Praxis zeigt, dass die Verfahrensregelungen für Bürgerbegehren in Brandenburg dringend auf den Prüfstand gehören. Im Koalitionsvertrag verspricht die Landesregierung, die bürgerschaftliche Mitbestimmung in den Kommunen zu verbessern. Die aktuelle Debatte um die Kreisgebietsreform bietet eine gute Gelegenheit, auch über die Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu diskutieren.

Lesen Sie den [Brandenburger Bürgerbegehrensbericht](#) mit unseren Reformvorschlägen.

Quelle: HP mehr demokratie e.V.



Öffentliche Finanzen

Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzen 2005 bis 2014

Die folgende Darstellung enthält Eckdaten zur Entwicklung und zur Struktur der Kommunalfinanzen (Kernhaushalte, ohne Stadtstaaten) in den alten und in den neuen Ländern im Zeitraum 2005 bis 2014.

Mehr zum Thema

[Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzen 2005 bis 2014 \(PDF, 2 MB\)](#)

Gemeindeanteil an Steuern

Die Gemeinden sind unmittelbar mit 15 Prozent an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer und mit 12 Prozent am Aufkommen der Kapitalertragsteuer (zusammen Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) beteiligt. Darüber hinaus partizipieren die Gemeinden unmittelbar an der Umsatzsteuer nach einem besonderen Verteilschlüssel (Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer).

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
[Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der](#)

[Gewerbsteuerumlage für die Haushaltsjahre 2015, 2016 und 2017 \(Einkommensteueraufteilverordnung – EStAV\)](#)

[Anlage 1](#) und [Anlage 2](#) zur EStAV

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

[Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer für die Haushaltsjahre 2015, 2016 und 2017](#)

[\(Umsatzsteueraufteilverordnung – UStAV\)](#)

[Anlage 1](#) und [Anlage 2](#) zur UStAV

Gutachten zu Kommunalfinanzen

Das Finanzministerium stellt folgende Gutachten und Studien zu den Kommunalfinanzen als PDF-Dateien zur Verfügung:

[Gutachten des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln: Begutachtung des kommunalen Finanzausgleichs in Brandenburg](#) (März 2015)

[Hintergrundinformation zum Gutachten des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln \(FiFo-Institut\) zum kommunalen Finanzausgleichsgesetz in Brandenburg](#) (März 2015)



Mobilität

Ost-Verbände der GRÜNEN JUGEND fordern nachhaltige Mobilität in Stadt und Land

Die Landesverbände der GRÜNEN JUGEND Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben sich in Leibzig zu einem Zukunftskongress in Leipzig zusammengefunden. Unter dem Titel "junggrüne Konzepte für den Verkehr von morgen" beschäftigten sich die Ostverbände mit dem Spannungsfeld zwischen Mobilität, Umwelt und Wirtschaft sowie mit alternativen Konzepten zur sozialen und ökologischen Verkehrswende.

Die GRÜNE JUGEND-Ostverbände fordern das Voranbringen von nachhaltigen Konzepten für Mobilität in Stadt und Land. "Besondere Priorität soll dabei in der Stadt der Ausbau des Fahrradverkehrs genießen, da nur auf diese Weise unsere Klimaziele erreicht werden können" betont Alessa Wochner, Sprecherin der GRÜNEN JUGEND Sachsen. Die Landesverbände verleihen zudem ihrer Forderung Ausdruck, dass in allen Phasen von Verkehrsprojekten Bürgerinnen und Bürger umfassend beteiligt werden sollen. "Auf dem Land fordern wir zuallererst integrale Taktfahrpläne, um Fahrtzeiten zu verkürzen und Menschen, die in ländlichen Regionen wohnen, eine bessere Anbindung in Städte zu ermöglichen."

ergänzt Jakob Weißinger, Sprecher der GRÜNEN JUGEND Brandenburg. "Es braucht differenziertere ÖPNV-Angebote für verschiedene Menschen, die auf dem Land leben" erklärt Sebastian Weise, Sprecher der GRÜNEN JUGEND Thüringen, dazu. "Gerade junge Menschen haben einen ganz speziellen Anspruch an den ÖPNV. Dieser muss in der Verkehrsplanung mitgedacht werden."

Zahlreiche Verkehrsexpertinnen und -experten beteiligten sich am Zukunftskongress. Workshops wurden unter anderem von den Fachpolitikern Eva Jähnigen, Mitglied des sächsischen Landtages, und Michael Jungclaus, Mitglied des brandenburgischen Landtags gehalten. Die thüringische Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz, Anja Siegesmund (Grüne) betonte in ihrem Grußwort die Wichtigkeit des Themas Verkehr, was von Ruben Engel, Sprecher der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt bekräftigt wird: "Wir freuen uns, dass wir prominente und fachkundige Gäste aus ganz Ostdeutschland und auch anderen Teilen der Republik gewinnen konnten. Das zeigt, dass nachhaltiger Verkehr eine drängende Zukunftsfrage ist."

In den kommenden Monaten werden die vier beteiligten Landesverbände der GRÜNEN JUGEND den gewonnenen Input

vertiefen und ihre Konzepte in Anträgen in ihre Bundesländer einbringen.

Alte Bahnhofsgebäude reaktivieren

Bündnisgrüne Fraktion will baufällige Bahnhofsgebäude reaktivieren – Nachnutzung als Regionalladen, Fahrradverleih oder Touristeninformation soll Schule machen

Seit immer mehr Stationen im Regionalverkehr nur noch als „Haltepunkte“ fungieren, haben Brandenburgs Personenbahnhöfe ihre besten Zeiten hinter sich. Traditionelle Angebote wie Fahrkartenschalter, Wartehalle oder Kiosk gibt es hier schon lange nicht mehr. Stattdessen verfallen und verwaisten die Bahnhofsgebäude. Nur 41 von 340 Personenbahnhöfen in Brandenburg – 12 Prozent - sind überhaupt noch zugänglich.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt deshalb vor, dass das Land zusammen mit der Deutschen Bahn AG ein Sanierungskonzept zur Reaktivierung der Bahnhöfe auflegt. Ziel soll der Erhalt, die Sanierung und langfristige Nachnutzung von Bahnhofsgebäuden sein.

„Nach wie vor erhalten viele Besucher auf dem Bahnhof den ersten Eindruck eines Orts – nur wird dieser vielerorts inzwischen von einer Ruine bestimmt.

Dabei gibt es viele gute Ideen für die Nachnutzung alter Bahnhöfe, beispielsweise als Regionalladen, Touristeninformation, Kulturzentrum, Café oder Fahrradverleih“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion MICHAEL JUNGCLAUS. „Wir möchten mit unserer Initiative erreichen, dass diese Einzelbeispiele Schule machen.“ Gefragt seien zukunftsfähige Bewirtschaftungs- und Nutzungskonzepte unter Beteiligung der örtlichen Bevölkerung.

Bestandteil des Bahnhofssanierungskonzepts müsse unter anderem eine Bestandsanalyse aller brandenburgischer Personenbahnhöfe, eine Befragung der jeweiligen Städte und Kommunen zum potenziellen Nachnutzungs-Interesse, eine Auflistung von Positivbeispielen und finanzielle Unterstützung für interessierte Kommunen und Private sein.

Positive Beispiele für eine Reaktivierung von Bahnhofsgebäuden in Brandenburg seien unter anderem der Wiesenburger Bahnhof, der im vergangenen Jahr mit dem Nachhaltigkeitspreis des Landes Brandenburg ausgezeichnet wurde oder der Bahnhof Lübbenau, der mittlerweile als „Tor zum Spreewald“ bezeichnet wird.

Als Vorbild sieht MICHAEL JUNGCLAUS das Projekt [REVITA](#), das seit vielen Jahren in Sachsen-Anhalt läuft. Sachsen-Anhalt bietet dabei in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn Kommunen und

Privatleuten Unterstützung bei der Sanierung von Bahnhofsgebäuden an. Diese erhalten eine 80-prozentige Förderung, wenn das Bahnhofsgebäude modernisiert wird und anschließend weiter eine öffentliche oder verkehrliche Funktion innehat.

Weiterführende Informationen

[>> Antrag: Bahnhofstoursanierungskonzept für Brandenburg – neue Nutzungen für alte Bahnhofsgebäude ermöglichen \(pdf-Datei\)](#)

Nachhaltige Mobilität auf dem Lande

Broschüren für nachhaltige Mobilität im ländlichen Raum und zur urbanen Mobilität



Mobilität ändert sich. Am deutlichsten ist dies in den Ballungsräumen zu spüren, wo der öffentliche Nahverkehr und das Fahrrad seit Jahren zulegen. Doch auch das Mobilitätsverhalten auf dem Land ändert sich. Zwar wird das Auto insbesondere in dünner besiedelten Regionen eine der tragenden Säulen der Mobilität bleiben. Aber es wird sich auch

dort verändern (müssen). Es wird sparsamer im Ressourcenverbrauch, alternative Antriebe wie die Elektromobilität werden sich verbreiten und es wird häufiger ein Fahrzeug gemeinsam genutzt werden. Die jahrzehntelange Gleichsetzung von Mobilität mit Automobilität wird sich in urbanen wie in dünner besiedelten Regionen Schritt für Schritt aufheben. Für die jüngere Generation verliert das Auto als Statussymbol zunehmend an Bedeutung. Der Führerschein wird später oder überhaupt nicht erworben. Mehr und mehr wird mit dem Fahrrad und – wo neue, fahrgastgerechte Betriebsmodelle umgesetzt werden – mit dem öffentlichen Nahverkehr gefahren. Mobilität bleibt wichtig. Die Verkehrsmittelwahl erfolgt jedoch zunehmend pragmatischer und verschiedene Verkehrsmittel werden miteinander kombiniert. Angesichts des hohen Handlungsdrucks auf den Verkehrsbereich reicht es nicht aus, diesen Trend sich selbst zu überlassen. Wir Grünen wollen die von uns eingeleitete Energiewende endlich durch eine Verkehrswende ergänzen. Ohne eine Verkehrswende wird Mobilität, die auch eine Frage sozialer Teilhabe darstellt, immer weniger für alle Menschen möglich sein. Die Verkehrswende setzt auf einen verantwortungsvolleren Umgang mit endlichen Ressourcen und auf eine spürbare Verringerung von

Treibhausgasen. Diese Ziele lassen sich nur mit einer schrittweisen Durchsetzung von sparsameren Autos und höhere Verkehrsanteilen von Bussen und Bahnen sowie dem Fahrrad umsetzen. Auch im ländlichen Raum sind für viele Menschen Alternativen zum Auto möglich. Einige nachahmenswerte Beispiele habe ich gesammelt und stelle sie in einer Broschüre dar. Diese reichen vom Ringzug im Schwarzwald über einen Lieferservice für Lebensmittel und verschiedene Bürgerbusmodelle bis hin zum mutigen betrieblichen Mobilitätskonzept eines Herstellers von Outdoor-Bekleidung in Oberschwaben. Ich freue mich, wenn das eine oder andere der hier dargestellten Beispiele eines nachhaltigen Mobilitätsangebotes als Inspiration dient und auch andernorts umgesetzt wird.

Hier geht's zur Broschüre

(Langfassung): [Landverkehr Broschüre Langfassung](#)

Hier geht's zur Broschüre (kann als Printexemplar bestellt werden): [Ländliche Mobilität Broschüre](#)

Und auch eine Broschüre zur urbanen Mobilität

Hier geht's zur Broschüre (Langfassung): [Stadtverkehr Broschüre \(Langfassung\)](#)

Hier geht's zur Broschüre (Kurzfassung): [Stadtverkehr Broschüre \(Kurzfassung\)](#)



Gleichstellungspolitik

Konsultationsverfahren zu EU-Gleichstellungspolitik

Die Gleichstellungsstrategie der Europäischen Kommission läuft Ende 2015 aus. Diese Strategie ist ein wichtiger formaler Rahmen und zentraler Bezugspunkt für die Gleichstellungspolitik auf EU-Ebene. Insbesondere seit Mitte der 1990er Jahre war die Europäische Kommission ein bedeutender Motor für Gleichstellungspolitik in den EU-Mitgliedstaaten; in den letzten Jahren hat die EU-Gleichstellungspolitik jedoch merklich an Kraft verloren. Nach derzeitigen Informationen ist es nicht sicher, ob es nach 2015 wieder eine neue Gleichstellungsstrategie der Europäischen Kommission geben wird. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass das Thema Gleichstellung nicht in der EU2020 Strategie verankert ist, wäre ein Wegfall der Gleichstellungsstrategie ein fatales Signal. Das von der Kommission eröffnete Konsultationsverfahren ist eine wichtige Gelegenheit zu zeigen, dass es öffentliches Interesse an einer substantiellen Gleichstellungspolitik der Europäischen Union gibt, und dass das Thema stärker auf die politische Agenda kommen soll. Deswegen ist es wichtig, dass sich möglichst viele daran beteiligen. Bei dem Konsultationsverfahren handelt es sich um

einen kurzen, einfach zu handhabenden Online-Fragebogen zum Ankreuzen und mit einem Feld für eigene Kommentare.

Link zum Konsultationsverfahren:

http://ec.europa.eu/justice/newsroom/gender-equality/opinion/150421_en.htm Link zum Fragebogen:

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/GenderEquality2015> Link

Gleichstellungsstrategie 2010-2015:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0491:FIN:DE:PDF>

FrauenStadtSpaziergang Frankfurt (Oder)

In Frankfurt (Oder) haben Studentinnen in einem Projektseminar im WS 2014/15 unter der Leitung von Prof. Dr. Dr. Ulrich Knepfelkamp, Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte und regionale Kulturgeschichte, Sahra Damus,

Gleichstellungsbeauftragte der Viadrina und Maria Ullrich, Lehrbeauftragte für Projektmanagement, einen Frauenstadtspaziergang erarbeitet. Das studentische Projekt FrauenOrte möchte Frauen, die in der Stadt gewirkt haben, (wieder) entdecken und sichtbar machen. Vorgestellt wird eine Auswahl von 14 Frauen aus 5 Jahrhunderten, die in Politik, Wissenschaft, Sozialwesen und Kultur tätig waren. Der Stadtspaziergang entstand in Kooperation mit der

Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Frankfurt (Oder) und im Austausch mit verschiedenen Akteuren aus Kultur und Tourismus. Er kann anschließend als touristisches Angebot genutzt werden. Das Projekt knüpft an den beiden seit 2012 und 2014 in Frankfurt (Oder) bestehenden FrauenOrten für Ulrike von Kleist und Justine Siegemundin an, die im Rahmen des gleichnamigen landesweiten Projektes entstanden sind. Die Begleitbroschüre kann bei der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt und der Viadrina angefordert werden.

Weitere Informationen:

www.facebook.de/frauenortefrankfurtoder
www.frauenorte-ffo.de

Studie über die Wirksamkeit institutioneller Mechanismen für die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter

Eine Studie des European Institute for Gender Equality (EIGE) untersuchte die Fortschritte der EU-Mitgliedsländer bei der Einrichtung von institutionellen Mechanismen wie Gleichstellungsstellen und beim Gender Mainstreaming. In Deutschland stagnieren seit Jahren die Bemühungen der Bundesregierung, Gender Mainstreaming und weitere Instrumente umzusetzen.

Weitere Informationen:

<http://eige.europa.eu/node/14222>



Geoinformationen Nutzung von Land und Boden

Bodenatlas

Boden scheint unerschöpflich. Er ist einfach da. Unter unseren Füßen. Unter den Feldern, dem Gras und den Bäumen. Wir leben von und auf dem Boden, aber wir schenken ihm kaum Beachtung. Wenn auch einige wenige Weinkenner und Weinkennerinnen den Geschmack des Bodens im Wein genussvoll wiederfinden – für die meisten von uns gilt das nicht. Wer denkt schon beim Essen an den Boden, auf dem fast alle unsere Lebensmittel gedeihen?

Dabei wäre gerade das wichtig. Denn Böden sind die Grundlage für unsere Lebensmittelproduktion. Sie versorgen die Pflanzen mit Nährstoffen und Wasser. In jeder Kartoffel, jedem Brot, jeder Maniok und jeder Polenta, aber auch in jedem Schnitzel und jedem Brathähnchen stecken Nährstoffe aus dem Boden. Ohne gesunde Böden kann keine gute Nahrung produziert werden.

Aber Böden sind nicht nur wichtig für die Lebensmittelproduktion. Sie filtern Regenwasser und schaffen so neues, sauberes Trinkwasser. Sie regulieren das Klima, denn sie sind nach den Ozeanen der [größte Kohlenstoffspeicher der Erde](#): Sie speichern mehr Kohlenstoff als alle Wälder der Welt gemeinsam. Und Böden

sind höchst lebendig! In einer Handvoll Erde leben mehr Organismen als Menschen auf unserem Planeten. Zwei Drittel aller Arten der Welt [leben versteckt unter der Erdoberfläche](#). Die Weltgemeinschaft hat sich drei wichtige Ziele gesetzt: Der Verlust der Biodiversität soll gestoppt werden, die Klimaerwärmung soll auf höchstens 2° Grad Celsius ansteigen und jeder Mensch das Recht auf ausgewogene Nahrung haben. Ohne fruchtbare Böden wird keines dieser Ziele erreicht werden. Denn Böden erfüllen all ihre Funktionen nur, wenn [das Bodenleben intakt](#), die Humusschicht gesund und die [Landrechte gesichert](#) sind. Doch trotz ihrer lebenswichtigen Funktionen und zentralen Bedeutung schützen wir die Böden nicht. Tatsächlich gehen durch falsche Nutzung jährlich rund 24 Milliarden Tonnen fruchtbarer Boden verloren.

<https://www.boell.de/de/bodenatlas>

Agraratlas

Die deutsche Agrarstatistik ist eine wichtige Informationsquelle, wenn Umwelteffekte zu bewerten und Trends in der Landwirtschaft abzuschätzen sind. Leider wird der Zugang auf kleinräumiger Ebene durch den Datenschutz beschränkt. Deshalb haben wir am Thünen-Institut das Projekt Agraratlas initialisiert. Das Ergebnis ist ein geschätzter Gemeindedatensatz zur Landnutzung und zum Tierbesatz, den

keine Auflagen beschränken und der gleichzeitig alle Datenschutzerfordernisse erfüllt.

www.agraratlas.de

Interaktiver Zensus-Atlas im Internet verfügbar

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlichen erstmals einen interaktiven Zensus-Atlas mit Ergebnissen zu Bevölkerung und Wohnen auf Basis eines 1-Kilometer-Gitters. Bislang standen Informationen aus dem Zensus 2011 zum Alter der Bevölkerung, zur Staatsangehörigkeit oder zu den Wohnverhältnissen nur für Bund, Länder sowie kommunale Gebietskörperschaften zur Verfügung. Mit dem Zensus-Atlas werden diese Segmente zu einer neuen Auswertungsebene zusammengefasst, die Einteilung Deutschlands in Quadrate von 1 Kilometer mal 1 Kilometer.

Mit dem Zensus-Atlas wird jetzt eine bessere Vergleichbarkeit geschaffen, die nicht an den Grenzen der Gebietskörperschaften halt macht. Gerade für kleinräumige Planungszwecke an der Grenze von Stadt und Umland ergibt sich hiermit eine detailliertere Informationsgrundlage. Auch für zeitliche Vergleiche - speziell nach Gebietsreformen - bietet das zeitlich stabile und europaweit einheitlich definierte Gitter ganz neue Möglichkeiten.

Im Atlas lassen sich verschiedene Ebenen wie etwa Flüsse, Autobahnen oder eine Hintergrundkarte zur besseren Orientierung einblenden. Neben der üblichen Bedienung einer Kartenanwendung im Internet können sich interessierte Nutzerinnen und Nutzer die Karten in ihr eigenes Geografisches Informationssystem (GIS) als "Web Map Service" (WMS) einbinden.

Die Zahlen für diesen Atlas stammen aus dem Zensus 2011, mit dem Daten zu Bevölkerung und Wohnen für jede Anschrift in Deutschland ermittelt wurden. Nur mit einer solchen Statistik ist es möglich, Informationen in hoch aufgelöster Form auf einem 1 Kilometer-Gitter darzustellen. Die Daten für jede Anschrift wurden zu Ergebnissen für ein Gitter mit 1 Kilometer Kantenlänge zusammengefasst. Zusätzlich stellt ein spezielles Geheimhaltungsverfahren sicher, dass von den veröffentlichten Ergebnissen niemals auf Informationen über Einzelpersonen zurückgeschlossen werden kann.

Der interaktive Zensus-Atlas kann unter <https://atlas.zensus2011.de> aufgerufen werden. Unter www.zensus2011.de können die dem Atlas zugrunde liegenden Daten heruntergeladen werden. Zusätzlich stehen dort die Bevölkerungszahlen für ganz Deutschland auf Basis eines 100 Meter-Gitters zum Download bereit. Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes

ist für den Atlas und seine Hintergrunddaten die statistische Geheimhaltung sichergestellt. (Quelle: DStGB Aktuell 1815)

Bislang ist der Rückfluss der Zensusergebnisse auf die Ebene der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Ämter aus Sicht des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg zu geringfügig und kaum verwertbar. Die Städte und Gemeinden benötigen zur Erfüllung ihrer Selbstverwaltungsaufgaben adäquate statistische Daten in untergemeindlicher Gliederungstiefe, so auch die Position der Städtestatistiker. Städtestatistiker sind darauf angewiesen, dass die amtliche Statistik die entsprechenden Daten flächendeckend und vergleichbar periodisch zur Verfügung stellt. Ob der neue interaktive Zensus-Atlas einen verwertbaren Beitrag zur kleinräumigen Planung beitragen kann, gilt es jetzt vor Ort zu prüfen.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der bereits anlaufenden Vorbereitung des nächsten Zensus, der nach Vorgaben der EU im Jahr 2021 stattzufinden hat, sind u.a. die Anforderungen an die Rückübermittlung der Zensusergebnisse stärker zu berücksichtigen.

Silke Kühlewind, Referatsleiterin Az: 065-01 aus Mitteilungen StGB Bbg. 04-05/2015

TTIP-Antrag aus Bernau

Wir werden nur Erfolg haben, wenn noch viele weitere Kommunen mitmachen und den Druck erhöhen. Deswegen möchte ich dazu ermutigen, dass möglichst viele unserer Kommunalos weitere solche Anträge einbringen.

Zum Bernauer Antrag

<http://gruenlink.de/ywz>

KULTUR. GUT?

Grüne Sommerkonferenz zur Kulturpolitik in Brandenburg



Spreewaldtracht und Sanssouci, Theater Cottbus und „Dorf macht Oper“, Frankfurter Hip-Hop und Brandenburgische Sommerkonzerte: Kultur in Brandenburg ist vielfältig – und wirft Fragen auf: Wie können sich klamme Kommunen Kultur leisten? Wie erinnern wir uns an unsere Geschichte? Wo gibt es Raum für Kreative und neue Medien? Wie pflegt man eine moderne Heimatkultur? Was ist die Rolle der Religion in Brandenburg? Und: Brauchen wir eine neue Zeitkultur? Diese und viele weitere Fragen wollen wir am Samstag, 11. Juli,

gemeinsam mit euch auf der grünen Sommerkonferenz diskutieren.

Wir versprechen euch kompetente Expertinnen und Experten, engagierte Diskussionen zur Kulturpolitik, Kunst zum Mitmachen und gute Gespräche. Wir freuen uns auf einen spannenden gemeinsamen Sommertag mit euch allen!

Samstag, 11. Juli 2015, ab 10 Uhr

Neues Atelierhaus Panzerhalle, Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam - Groß Glienicke

[Programm-Flyer](#)

Volksbegehren gegen Massentierhaltung

Eintragsfrist startet am 15.07.2015

Brandenburgs Landeswahlleiter verkündete heute den offiziellen Beginn der Eintragsfrist für das Volksbegehren gegen Massentierhaltung. Demnach haben die 2,09 Mio wahlberechtigten Brandenburger Bürger vom 15.07.2015 bis zum 14.01.2016 Zeit, die Anliegen und Forderungen des Volksbegehrens mit ihrer Unterschrift in den amtlichen Eintragslisten zu unterstützen. Neben der Unterschriftenleistung in den Wahlämtern vor Ort besteht auch die Möglichkeit der Briefwahl. Eintragungsberechtigt sind alle Brandenburger ab dem 16. Lebensjahr.

Das Volksbegehren ist erfolgreich, wenn sich 80.000 Brandenburger eintragen.

Das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg hat die Durchführung des Volksbegehrens beantragt, nachdem der Landtag die Forderungen der Volksinitiative abgelehnt hat. Mit dem direktdemokratischen Instrument wollen die Initiatoren der sehr erfolgreichen Volksinitiative ihre Forderungen nach mehr Tierwohl und dem Stopp von Mega-Mastanlagen durchsetzen.

Das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg organisiert eine Auftaktveranstaltung, auf der über den Stand der Diskussion, die Strategie und Organisationsstruktur des Volksbegehrens sowie über die diversen Beteiligungsmöglichkeiten informiert wird. Im Mittelpunkt der Veranstaltung wird die Präsentation einer eigenen Kampagnenseite sein, über die sich die Brandenburger Bürger einfach und unbürokratisch die Briefwahlunterlagen online oder per Ausdruck anfordern können.

Auftaktveranstaltung zum Volksbegehren gegen Massentierhaltung in Brandenburg
Zeit: Samstag, den 27.06.2015, 10.00 – 18:00 Uhr, Ort: Spartacus / Freiland Potsdam – Friedrich-Engels-Straße 22 – 14473 Potsdam